

Medienmitteilung des Schweizer Bauernverbands vom 2. Februar 2023

Einseitige Lastenverteilung

An einem nationalen Ernährungsgipfel übergab ein Wissenschaftsgremium seine erarbeiteten Empfehlungen zur Weiterentwicklung unseres Ernährungssystems dem Bundesrat. Diese nehmen im Prinzip die ganze Wertschöpfungskette vom KonsumentInnen bis zum ProduzentInnen in die Pflicht. Das beurteilt der Schweizer Bauernverband grundsätzlich als positiv. Die meisten der vorgeschlagenen, konkreten und verpflichtenden Massnahmen sind hingegen auf Stufe Landwirtschaft vorgesehen und gehen zu weit. Das ist nicht akzeptabel und eine verpasste Chance für eine glaubwürdige, ganzheitliche Ernährungspolitik.

42 Forschende gaben heute ergänzend zu einem BürgerInnen-Rat ihre Empfehlungen für eine Transformation des Ernährungssystems ab. Dabei sind sich alle einig, dass zur Erreichung eines nachhaltigen Ernährungssystems die ganze Wertschöpfungskette in der Pflicht steht. Das wissenschaftliche Gremium nahm bereits eine Priorisierung der Massnahmen vor und skizzierte einen groben Fahrplan. In einem ersten Schritt schlugen sie Anreiz- und Sensibilisierungsmassnahmen für KonsumentInnen, LandwirtInnen sowie Gemeinschafts-Gastronomie vor.

In einer zweiten Phase sollen zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele zunehmend regulatorische Massnahmen und Lenkungsabgaben zum Tragen kommen, wobei sich diese fast ausschliesslich auf äusserst einschränkende, kostentreibende und einschneidende Massnahmen auf Stufe der Bauernbetriebe fokussieren. So werden zusätzliche Steuern, Abgaben und Vorschriften eingefordert. In der dritten Phase ab 2026 konzentrieren sich die Empfehlungen praktisch ausschliesslich auf die Agrarpolitik und damit die Landwirtschaft.

Der Schweizer Bauernverband bedauert das, denn von einer fairen Verteilung der Verantwortung für eine nachhaltige Ernährungspolitik auf die ganze Wertschöpfungskette kann so keine Rede sein. Die Landwirtschaft ist bereit, ihren Teil zu einem nachhaltigen Ernährungssystem beizutragen. Voraussetzung dafür ist, dass die nachhaltigeren und mit Mehrkosten produzierten Lebensmittel Absatz finden. Wenn dies nicht oder ungenügend geschieht, dann verlagert sich die Produktion und ihre negativen Auswirkungen lediglich ins Ausland. Dies kann nicht das Ziel der Transformation des Ernährungssystems sein.

Die Diskussion über die Weiterentwicklung der Agrar- und Ernährungspolitik soll auf Basis des vom Bundesrat verabschiedeten Postulatsberichts unter der Federführung der Institutionen des Bundes erfolgen.

Rückfragen:

Martin Rufer, Direktor Schweizer Bauernverband SBV, 078 803 45 54

Michelle Wyss, Co-Leiterin Agrarwirtschaft SBV, Tel. 056 462 50 08

www.sbv-usp.ch